

15.05.2019

Kleine Anfrage 2527

des Abgeordneten Alexander Langguth FRAKTIONSLOS

Die Partei „Die Rechte“: Antisemitische Slogans im Europawahlkampf

Aufgrund von anti-israelischen Parolen auf zwei Europawahlplakaten der Partei „Die Rechte“ erstattete der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe Anzeige wegen Volksverhetzung. Gegenstand der Strafanzeige sei unter anderem ein Plakat mit dem Slogan „Israel ist unser Unglück!“¹. Dem deutsch-jüdischen Publizisten Henryk M. Broder nach sei es „ein kleiner Trick, der vor Verfolgung und Strafe schützen soll“², dass „Die Rechte“ das Wort „Israel“, und nicht „Juden“, benutzt. Er beklagt einen Mangel an zivilgesellschaftlichem Widerstand in der Angelegenheit und fragt, wo „[d]er Aufstand der Anständigen“³ bleibe. In Broders „WELT“-Kolumne wird der zuständige Kölner Staatsanwalt zitiert, welcher befindet, „dass es sich bei der fraglichen Wahlwerbung zweifelsohne um Antisemitismus“⁴ handle. Der alte, nahezu identische Satz „Die Juden sind unser Unglück!“ ist im Jahre 1879 von Heinrich von Treitschke, einem preußischen Historiker und Politiker, geprägt worden und wurde vom ehemaligen nationalsozialistischen Wochenblatt „Der Stürmer“ übernommen.⁵ Trotz des konstatierten judenfeindlichen Charakters der Wahlkampfmotive von „Die Rechte“ erklärt der Kölner Staatsanwalt, der Straftatbestand der Volksverhetzung liege nicht vor, da „eben nicht ‚die Juden‘, sondern allein und ausdrücklich ‚Israel‘ angesprochen“⁶ werde. Ein Sprecher des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden attestiert dem verwendeten (Teil-)Zitat „eine bewusste Verherrlichung des Nationalsozialismus“⁷. Zudem könne der zweite Teil des Slogans, „Schluss damit!“, nur als „Aufforderung zur Vernichtung Israels verstanden werden“⁸.

¹ https://rp-online.de/nrw/panorama/nrw-juedische-gemeinden-zeigen-die-rechte-wegen-volksverhetzung-an_aid-38626241 (abgerufen am 08.05.2019)

² <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus193010289/Wahlplakat-von-Die-Rechte-in-Koeln-Wo-bleibt-der-Aufstand-der-Anstaendigen.html> (abgerufen am 08.05.2019)

³ ebd.

⁴ ebd.

⁵ ebd. und <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/zeitzeichen/audio-heinrich-von-treitschke-historiker-todestag--100.html> (abgerufen am 08.05.2019)

⁶ ebd.

⁷ <https://www.welt.de/regionales/nrw/article193115557/Juedische-Gemeinden-zeigen-Die-Rechte-wegen-Volksverhetzung-an.html> (abgerufen am 08.05.2019)

⁸ <https://www.welt.de/regionales/nrw/article193115557/Juedische-Gemeinden-zeigen-Die-Rechte-wegen-Volksverhetzung-an.html>

Datum des Originals: 09.05.2019/Ausgegeben: 15.05.2019

Im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2017 wird als Grund der Beobachtung von „Die Rechte“ u. a. die Störung einer Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht genannt, wo Parteianhänger „Nie wieder Israel“⁹ skandiert haben.

Im Antrag „Nordrhein-Westfalen braucht einen Antisemitismusbeauftragten“ behaupten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Landtag würde jegliche Form von Antisemitismus „aufs Schärfste“¹⁰ verurteilen. Die Bekämpfung des Antisemitismus liege auch „in der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Judentum und dem Staat Israel“¹¹ begründet.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Justiziabilität des Wahlplakat-Slogans „Israel ist unser Unglück! Schluss damit!“ von „Die Rechte“ speziell vor dem Hintergrund, dass der erste Teil sich nur in einem Wort vom Untertitel des ehemaligen nationalsozialistischen Wochenblatts „Der Stürmer“ unterscheidet?
2. Ist für die Landesregierung ein antisemitischer bzw. volksverhetzender Charakter des obigen Wahlkampfespruchs erkennbar? (Falls ja/nein: Bitte begründen)
3. Falls die Landesregierung die in Frage 1 und 2 thematisierte Justiziabilität und/oder den antisemitischen Charakter des Wahlkampfespruchs als gegeben erachtet, welche Maßnahmen wird sie daraus ableiten?
4. Wie viele Fälle strafrechtlich relevanter antisemitisch motivierter Übergriffe und Propagandadelikte, die von Mitgliedern von „Die Rechte“ oder ihr nahestehenden Personen begangen wurden, sind der Landesregierung für die letzten fünf Jahre bekannt? (Bitte aufschlüsseln nach Anfangsverdacht, Ermittlungsverfahren und Verurteilung)
5. Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung in ihrem oben zitierten Antrag die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Judentum und dem Staat Israel betont: Plant die Landesregierung, ggf. in Kooperation mit der Antisemitismusbeauftragten, weitere Projekte und Initiativen, die für das Phänomen des Antisemitismus, der häufig im Gewand angeblicher Israelkritik in Erscheinung tritt, sensibilisieren? (Bitte Kurzbeschreibung der Projekte und voraussichtlichen Start-/Veröffentlichungstermin angeben)

Alexander Langguth

⁹ https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/VS_Bericht_2017.pdf (S. 53 [S. 30 in der PDF-Ansicht], abgerufen am 08.05.2019)

¹⁰ <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2749.pdf> (abgerufen am 08.05.2019)

¹¹ ebd.